

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen: Hermann Auer, Leipzig
Anzeiger für das Erzgebirge
Nr. 16

Verleger: Hermann Auer, Leipzig
Anzeiger für das Erzgebirge
Nr. 16

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 199

Nr. 16

Sonnabend, den 19. Januar 1924

19. Jahrgang

Zur Lage.

Von Dr. A. J. M. d. N.

In Paris beschäftigt sich wieder einmal ein Sachverständigenausschuss mit der Lage Deutschlands. Die öffentliche Meinung Deutschlands kümmert sich nur wenig um dieses Ergebnis. Das ist erklärlich. Bisher haben derartige Sachverständigenberatungen niemals ein positives Ergebnis für uns gezeitigt. Und doch ist diese Tätigkeit gerade dieses Sachverständigenausschusses zunächst ganz anders zu beurteilen als die seiner Vorgänger: womit nicht gesagt sein soll, daß ihr nicht schließlich das gleiche Endschicksal beschieden sein könnte. Der politische und wirtschaftliche Imperialismus Frankreichs ist in der Zwischenzeit so deutlich zu Tage getreten und hat seine vollen Folgen gegen seine eigenen früheren Helferherren so deutlich in die Erscheinung treten lassen, daß ihm jetzt überall offen erkennbare Widerstände entgegen stehen. Ja, in Frankreich selbst stärkt sich die Widerstände gegen einen hemmungslosen Poincarismus sichtbar, weil man ihn auch hier in Gestalt schwerer Währungserschütterungen am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Frankreich wird also seine bisherige Verschleppungspolitik in diesem Ausschuss nicht in der bisherigen Weise fortzusetzen vermögen, und dies um so weniger als von den amerikanischen Vertretern ein starker Antriebs zu beschleunigter und klarer Sachbehandlung ausgeht. Wir werden gut tun, die Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im den richtigen Ausgangspunkt hierfür zu gewinnen, hat man sich zu vergegenwärtigen, daß der Ausschuss ein solcher der Reparationskommission ist und die Hauptaufgabe hat, die deutsche Leistungsfähigkeit festzustellen. Zu diesem Zwecke sind zwei Unterausschüsse tätig, von denen der eine die Stabilisierung der deutschen Währung, der andere die Lage des deutschen Reichshaushaltes erörtern soll. Daß man sich so schnell entschloß, den deutschen Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht zur Teilnahme an den Beratungen einzuladen, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man die besten Sachverständigen nicht wieder nur deswegen ausschalten will, weil sie auf deutscher Seite gefunden werden müssen. Die ganze persönliche Art Schachts bürgt dafür, daß er in denkbar bester Weise die Interessen Deutschlands vor dem Sachverständigenausschuss wahrnehmen wird.

Wie der Kurs des französischen Franken, so steht auch der Kurs der französischen Europapolitik nicht unter Hausstetendenz. Die Begünstigung des in der Pfalz unter dem Namen einer autonomen Regierung hausenden Breitergesindelns durch Frankreich ist für England doch eine so große Schmach geworden, daß es nicht länger mehr stillschweigend zusehen kann. Der in München sitzende britische Generalkonsul hat sich, einem Auftrage seiner Regierung folgend, mit anerkannter Wertigkeit und Gründlichkeit an Ort und Stelle über die empfindenden Zustände in der Pfalz abgefragt und zweifellos auf britisches Betreiben — ist der französische Bevollmächtigte in der Pfalz, der General de Mes, der sich scheinbar danach sehnt, eine ähnliche Rolle wie Zurene zu spielen, vor die internationalisierte Rheinlandkommission berufen worden, um Rede und Antwort zu stehen. Eine amtliche britische Auslastung bekennet sich zu dem Standpunkt, daß das staatsrechtliche Verhältnis der Pfalz „nicht eher geändert werden darf, als bis sich die Bevölkerung in überwältigender Mehrheit für eine solche Aktion ausgesprochen hat“, und auf den Einpruch Englands hin hat die Rheinlandkommission ihre ursprüngliche Absicht, die Maßnahmen der Separatistenregierung anzuerkennen, vorerst wieder aufgegeben. So ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß für die unglückliche Pfalz die Stunde der Befreiung von ihrer unter französischem Schutz arbeitenden Bevölkerung im Anzug ist.

Auch sonst hat sich in den letzten Tagen manches ereignet was die Räume des französischen Machtwahns nicht in den Himmel wachsen läßt. Ueber die Tagung der kleinen Entente in Belgrad hat eine kluge Diplomatin nur wenig in die Öffentlichkeit gebracht oder so viel ist klar erkennbar, daß die Staaten der kleinen Entente ihre Freundschaft zu Frankreich nicht bis zu willkürlicher Selbstentäußerung treiben werden. Der Ausgleich Jugoslawiens mit Italien ist ein hochbedeutungsvolles Ereignis, denn Frankreich hätte sicherlich eine hohe Niedertracht erhalten, in der es Jugoslawien als Gegengewicht gegen Italien verwenden konnte. Die kleine Entente will aber um der Freundschaft zu Frankreich willen die nach England führenden Verbindungen nicht aufgeben, das zeigt deutlich auch der unmittelbar nach der Konferenz in Belgrad vom tschechischen Außenminister Dr. Beneš in London abgehaltene Besuch.

Die britische Einstellung zu den europäischen Problemen wird ihre entscheidende Wirkung erst nach Bildung der Regierung erhalten. Wie zu erwarten war, setzte die Opposition der Arbeiterpartei mit dem Ziele

der eigenen Regierungsübernahme schon am ersten Tag der Eröffnung des britischen Parlamentes ein. Wenn etwas in letzter Stunde diese Regierungsbildung gefährden könnte, so ist es die jetzt auftretende Streikbewegung. Eine Ausdehnung dieser Bewegung würde das fertig bringen, was sonst eine glatte Unmöglichkeit wäre: eine Annäherung zwischen den Liberalen und Konservativen. Da aber die britischen Arbeiterführer Leute von härtester Staatsauffassung sind, ist anzunehmen, daß es ihnen gelingen wird, die Bewegung zu meistern. Kommt die Arbeiterpartei zur Regierung, so wird sie um des eigenen und des britischen Prestiges willen eine viel selbständigere Stellung gegenüber Frankreich anzunehmen suchen, als die gestrige Regierung, deren Außenminister Lord Curzon sich noch auf dem Sterbebett der alten Regierung zu dem Phantom der Aufrechterhaltung der Entente bekannte.

Das Auftreten des Führers der britischen Arbeiterpartei MacDonald sollte unseren Arbeiterführern vielmehr noch als bisher Anlaß zum Nachdenken geben; vor allem in Sachen. Der schottische Ministerpräsident Sedd scheint allerdings in dieser Richtung hin bereits gelernt zu haben. Wenn es auch durchaus abwegig ist die Eintrittsrede Sedds, wie der „Vorwärts“ es tut, mit der Rede MacDonalds im britischen Unterhause zu vergleichen, so spricht doch aus den Worten des schottischen Ministerpräsidenten ein starkes, auf praktische Arbeit am Staate gerichtetes Verantwortlichkeitsgefühl. Wenn dieses Verantwortlichkeitsgefühl dauernd bei allen Mitgliedern der Regierung anhält, dann werden diese Regierung und dieser Landtag ihre Daseinsberechtigung behalten. Die sonst durch den Ausgang der Gemeindevahlen hart in Zweifel gezogen worden ist. Die Gemeindevahlen zeigen, daß zwischen dem derzeitigen Stimmverhältnis der politischen Parteien im Landtag und dem in der Bevölkerung gegenwärtig eine schwere Diskrepanz herrscht, und es ergibt sich die in der Öffentlichkeit noch gar nicht genügend erkannte völlig unnormale Lage, daß das von der sozialistischen Landtagsmehrheit gegen den Willen aller nichtsozialistischen Vertreter zustandegekommene Gesetz der neuen Gemeindeversammlung in der Praxis des öffentlichen Lebens der Gemeinden durchgeführt werden muß von Gemeindevereinigungen die zu einem ganz überwiegenden Teile nicht sozialistische Mehrheiten haben. Vielleicht ergibt sich aber gerade aus dieser Arbeitsstellung ein ganz brauchbares Resultat, weil dann beide Strömungen in der Praxis „ihres Besten“ auch verbären. Landtagsneuwahlen so berechtigt sie vom formellen parlamentarischen Standpunkt aus auch sein würden, müßten den jetzt einsetzenden Konsolidierungsprozeß im innerpolitischen Leben wieder fördern, und etwas Besseres, als eine große Koalition würde letzten Endes dadurch auf die Dauer auch nicht erreicht werden, selbst wenn die Sozialdemokratie im Landtage in die gleiche Minderheit käme, wie in den Gemeindevereinigungen, denn auch dann wäre eine große, die Sozialdemokratie mit umfassender Koalition einer „rein bürgerlichen“ Regierung vorzuziehen. Eine Aufrechterhaltung der Sozialdemokratie aus der Regierungverantwortung würde diese in sehr wohlfeile Stellung der absoluten Opposition drängen, in der sie sich wahrscheinlich von ihrer jetzt erlittenen Schlappe sehr bald erholen würde und in der sie ihre Verluste wieder auffüllen würde. Im übrigen soll man aber auch grundsätzlich dort, wo es irgend möglich ist, die Schaffung neuer Spannungsmomente vermeiden, denn wie viele und wie starke ohnedies in Deutschland oberirdisch und unterirdisch noch vorhanden sind, zeigt das auf den General von Seekt gezielte Attentat.

Der amtliche Pfalzbericht Englands

Amtlich wird aus London unterm 18. Jan. gemeldet: Es ist in London nicht bekannt, ob die Frage der von der Mehrheit der Rheinlandkommission am 2. Januar anerkannten Bestimmungen der sogenannten autonomen Pfalzregierung auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung der Kommission steht. Dessen ungeachtet aber ist und bleibt es die Auffassung der englischen Regierung, daß die Rheinlandkommission so bald als zur Berichterstattung an die entsprechenden Regierungen ermächtigt ist und daß jede darüber hinausgehende Maßnahme aus den schon wiederholt aufgeführten Gründen über ihre Zuständigkeit hinausgeht. Die von unabhängigen englischen Berichterstattern aus der Pfalz eingehenden Informationen bestätigen immer noch, daß die sich die „autonome Regierung der Pfalz“ nennenden Individuen nicht nur ohne gesetzliche Grundlage regieren, sondern auch die völlige Verachtung der Mehrheit der Bevölkerung genießen. Inzwischen hat der englische Generalkonsul Elbe seine Untersuchungen fortgesetzt und Vertreter aller Klassen der pfälzischen Bevölkerung empfangen.

Elbe über seine Eindrücke.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ in Speyer drahtet: Der Generalkonsul Elbe habe ihm mitgeteilt es könne gesagt werden, daß seine Untersuchung eine allgemeine Ablehnung der sog. autonomen Regierung ergeben habe. Die Geistlichkeit, die Industriellen, die Landbesitzer und die Bürgerschaft hätten nicht geäußert, sich darüber frei vor Elbe auszusprechen. Gleichzeitig aber habe der britische Generalkonsul bemerkt, daß es unzufriedene Elemente in der Pfalz gebe. Es sei dort eine Lage entstanden, die nicht fortbauern könne. Es sei jedoch nicht seine Sache, Anempfehlungen zu machen.

Glodenläuten in Kaiserlautern.

Generalkonsul Elbe ist im weiteren Verlauf seiner Informationsreise in Kaiserlautern eingetroffen. Der britische Generalkonsul wurde unter Glockengeläut von einer ungeheuren Menschenmenge begrüßt und empfing die Vertreter der Städte Zweibrücken, Birkenfeld und Umgebung, sowie Vertreter der Gerichtsbehörden. Die Vertreter von Kaiserlautern und die der umliegenden Orte waren zu Elbe geladen.

Die Kölner Untersuchung Tirards gestillt.

Um eine Gegenwirkung gegen die Untersuchung Elbes in der Pfalz zu schaffen, hatte bekanntlich der französische Oberkommissar Tirard zwei französische Offiziere beauftragt, in der Kölner Besatzungszone eine Untersuchung anzustellen. Diese Untersuchung ist vollkommen gescheitert; in einem Habastelegramm aus Düsseldorf wird dies darauf zurückgeführt (natürlich vollkommen zu Unrecht), daß die deutschen Behörden von dem Zeitpunkt der französischen Kommission vorher verständigt gewesen wären, weshalb es ihnen möglich war, die Dokumente verschwinden zu lassen, durch die sie kompromittiert worden wären. Die französischen Offiziere hätten aber den deutschen Behörden benehmen können, daß sie den Ursprung der antispanischen Agitation auf kennen. Da sie sich aber überzeugen mußten, daß ihre Untersuchung zu nichts führe, stillten sie diese ein.

Die Mitteilungen Hoehs über den Standpunkt Poincares.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ telegraphiert, daß der deutsche Gesandte in Paris v. Hoeh nach seiner Ankunft in Berlin der Reichsregierung neue Mitteilungen über den Standpunkt Poincares in der Ruhr- und Rheinfage machen konnte. Poincare drängte in seinen Besprechungen mit Herrn von Hoeh darauf, daß politische Fragen nicht aufgeworfen werden sollen, damit die im Gange befindlichen Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen. Er drängte ferner darauf, daß Deutschland die Besatzungskosten bezahlt. Diese Forderung Poincares habe Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts hervorgerufen, weil der Finanzminister Dr. Luther forderte, daß die Bezahlung der Besatzungskosten wegen der Finanzlage unterbrochen werden sollen, und das mit Recht, denn alle diese Bezahlungen bedeuten eine ungeheure Belastung der sich im Zustande der Entleerung befindlichen deutschen Finanzen.

Strefemann zum Reichsgründungstage.

Auf einer am Donnerstagabend vom Landesverband Hamburg der Deutschen Volkspartei veranstalteten stark besuchten Reichsgründungsfest ergriß nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Reichsminister des Reiches Dr. Strefemann das Wort zu einer Rede über die Fragen der äußeren und inneren Politik Deutschlands. Der Ruhrkampf sei zwar verloren, aber der Gedanke des Kampfes sei nicht falsch gewesen. Er habe gezeigt, daß es auch für das deutsche Volk eine Grenze der Geduld und des Entlassens gebe, und er habe den Wahn zerstört, als ob das rheinische Volk ein eigenes Leben führen wolle innerhalb des Deutschen Reiches oder als ob es sich verlieren wolle an das französische Volk. Die Vorgänge in der Pfalz seien eine Kulturkatastrophe. Der Redner begrüßte den Zusammenritt der internationalen Konferenz, die über die deutsche Stellungsfähigkeit ein Urteil abgeben sollte, und sprach die Hoffnung aus, daß sie freimütig ihr Urteil über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation abgeben möge. Die Entscheidung sei aber: denn es sei gar kein Zweifel, daß die Industrie die Lasten, die sie ohne staatliche Unterstützung in den sogenannten Mißverträgen auf sich genommen habe, nicht lange mehr werde tragen können. Eine Verhandlung über die Verfassungsfragen werde hoffentlich erreicht werden. Gegenwärtig sei es aber nach seiner Meinung die wichtigste Aufgabe, daß Deutschland und Bayern die deutsche Pfalz bei Deutschland erhalten. Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

adlogung

Uhr

ue.

f.

3.50
3.00
75 70
75 3.25

25, 0.95
10, 0.95
20, 3.50
1.85

45.00
49.00

4.50
4.50 an
3.75 an
1.80 an

u. Umg.

8 Uge
Lung.

richt,

im abzugeben.
antwortland.

ung!

in diesjährigen
Berlohung

Bürgergarten
gülden.

erband.

Alemanna
ußball - Abtlg.
eule Freitag, ab
U. im Muldenal
Vereins-Vorläufer
a. kommen
leb. Exempla
r Versteiger.,
Jan., 1/3 Uhr
portplatz
benstock I
er 1. Klasse.
ere Spiele.
t besetztigt.

Heilich

Markt,
auch
auschl.

Markt

fen.

rtin

erstraße.